

Der Kampf um die Flächen ist entbrannt



vor 15 Stunden



Artikel anhören

Flächen stehen immer

häufiger im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen. Überall scheinen sie ein knappes Gut zu sein, um das hin und wieder erbittert gekämpft wird, in der Stadt und auf dem Land: Spannend wie ein Elfmeterschießen ging es im Gemeinderat eines 266-Seelen-Dorfs in Dithmarschen zu, der sich mit 4:3 für eine 110 Hektar große Fabrik mit 3000 Arbeitsplätzen zur Produktion von Batterien entschieden hat. Im Altöttinger Wald war derweil der mit 1326

Hektar größte Windpark Bayerns geplant. War, denn 924 Bürger von Mehring stimmten gegen Windstrom für das bayerische Chemiedreieck, wo das wichtige Reinsilizium für Solaranlagen erzeugt wird. Und Mecklenburg-Vorpommern hatte 2022 ganze 5000 Hektar für Solaranlagen in Aussicht gestellt. Die Interessenten warten noch auf Freigabe, das Bundesland liegt im RND-Solarmonitor bei Freiflächen auf den hinteren Plätzen.

Im niedersächsischen Heidekreis hat sich gar der SPD-Vorsitzende vor die Proteste in seinem Wahlkreis gestellt, die Flächen für den Bau der dringend notwendigen ICE-Strecke zwischen Hamburg und Hannover blockieren. In Paris stimmte am Sonntag eine kleine Mehrheit für die drastische Erhöhung der Parkgebühren für SUVs. Zugleich sollen 400000 Wohnungen pro Jahr errichtet werden. Das entspricht einer Stadt in der Größe von Frankfurt. Unabhängig von anderen Widrigkeiten scheint das auch wegen des Flächenbedarfs utopisch zu sein.

Wenn in Deutschland neue Industrien gewollt, die Energieversorgung gesichert, ausreichend Wohnungen gebaut und die Städte lebenswerter gestaltet werden sollen, darf die Umverteilung der Flächen deshalb nicht dem Zufall überlassen bleiben.

Es braucht stattdessen eine umfassende Reform der gesamten Flächenplanung auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die auf die künftigen Flächenbedarfe zugeschnitten sein muss. Digitalisiert wäre das übrigens erheblich einfacher.